

Schöneberg gegen die Wohnungsnot.

Eine Million Mark für Baumaterialien.

In der gestrigen Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung fand eine Interpellation der liberalen Fraktion zur Tagesordnung, welche Maßnahmen der Magistrat gegen die Wohnungsnot zu ergreifen gedenke. Der Magistrat seinerseits beantragte, eine Million Mark zur Beschaffung von Baumaterialien zu bewilligen.

Stadtv. Gottschalk (Lib.) betonte, daß die Errichtung von Kleinwohnungen gegenwärtig nicht mehr allein eine Aufgabe der städtischen Körperschaften sei, sondern daß es sich auch die staatlichen Behörden angelegen sein lassen müßten, die vorhandene Not zu beseitigen. Gleichwie Wilmerdorf danach strebe, eine wissenschaftliche Akademie zu errichten, müsse es Schönebergs Aufgabe sein, durch den Bau großer Wohnungen in guter Gegend ein steuerkräftiges Bürgertum heranzuziehen, um die schwächeren Schultern in der Gemeinde zu entlasten. Hand in Hand damit müsse die Einrichtung höherer Schulen gehen. Hierin bestehe eine Hauptaufgabe der Stadt für die Uebergangszeit. Stadtrat Raß erwiderte, daß für den Bau von Häusern mit großen Wohnungen vorläufig keine Baumaterialien zur Verfügung gestellt werden würden. Er hoffe aber, daß die Gemeinden Groß-Berlins sich noch bezüglich des Baues von Kleinwohnungen einigen würden. Demnächst fände wieder eine Besprechung der Groß-Berliner Gemeindevertreter in dieser Angelegenheit statt. Der Bau von Kleinwohnungen in Groß-Berlin müsse auf einheitlicher Grundlage geschehen. Stadtv. Mohs (Soz.) beantragte, 3 Millionen Mark für den Neubau von Wohnungen auszuwerfen. Die Million, für die der Magistrat Baumaterialien kaufen wolle, lange nicht zur Erfüllung größerer Aufgaben.

Oberbürgermeister Dominicus entgegnete, daß die Pläne Schönebergs, bezüglich des Kleinwohnungsbaues weit über die der Gemeinden Neukölln und Lichtenberg hinausgingen. Schöneberg wolle eine Kleinstiedlung von 600 Wohnungen schaffen. Die Versammlung war durch diese Mitteilung befriedigt und bewilligte bis auf weiteres die vom Magistrat geforderte eine Million Mark.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kam es zu einer langen Aussprache über die Lebensmittelpolitik. Während die Sozialdemokraten eine allgemeine Herabsetzung der Höchstpreise forderten, vertrat der Stadtv. Gottschalk den Standpunkt, daß dadurch die Versorgung der Großstädte noch schlechter werden würde. Die Landwirtschaft habe auch mit einer Lowerung der Produktion zu rechnen und müsse ein Interesse an der Erzeugung von Waren haben. Das gehe aber verloren, wenn man ihr keine Verdienstmöglichkeiten lasse. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.